

Dr. Ulrich Keßler, Linsenberg 24, 63065 Offenbach

**Per Telefax**

Polizeipräsidium Südosthessen  
Frau KOK-in Neumann  
Berliner Straße 213

63067 Offenbach

**Telefax-Nr.: 069/8098-5727**

Offenbach, den 11.3.2018

**ST/0235034/2018**

Sehr geehrte Frau Neumann,

Ihre Vorladung habe ich erhalten. Aufgrund eines wichtigen Termins kann ich dieser jedoch nicht Folge leisten.

Ohnehin zweifle ich an der Sinnhaftigkeit der Beschuldigtenvernehmung. Den gegen mich erhobenen Tatvorwurf weise ich jedenfalls entschieden zurück. Ich bin davon überzeugt, dass dem Anzeigenerstatter jegliche belastbaren Anhaltspunkte für das Vorliegen einer Straftat fehlt. Meine Vernehmung soll offensichtlich über diese Schwächen hinwegtäuschen. Für die absurdum Versuche eines in jeder Hinsicht überforderten Bürokraten, eine völlig normale Eheschließung strafrechtlich zu verarbeiten, stehe ich nicht zur Verfügung. Dafür ist mir meine Zeit zu schade.

Der Anzeigenerstatter, den ich im Ausländeramt der Stadt Offenbach vermute, sieht wohl bereits in der Eheschließung mit einer Ausländerin ein strafbares Verhalten. Da ich bereit in erster Ehe mit einer Ausländerin (aus Ekuador) verheiratet war – ich liebe den kulturellen Unterschied – müssen die Attacken des Anzeigenerstatters als offensichtlich rassistisch geprägt zurückgewiesen werden. Da sie in jeder Hinsicht haltlos sind, zeige ich dieses Verhalten als Nötigung, Beleidigung und falsche Verdächtigung an. Ein Strafantrag wird ausdrücklich gestellt.

Ich gehe davon aus, dass der Sachbearbeiter im Ausländeramt, der die Anzeige erstattete, nicht ohne Rückendeckung des Sachgebiets- und des Amtsleiters gehandelt hat. Dieses gilt nun aufzuarbeiten. Jedenfalls soll dieser Personenkreis in die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen einbezogen werden. Ein entsprechender Tatverdacht liegt jedenfalls vor.

Es ist mehr als traurig und beschämend zugleich, dass Mitarbeiter der Stadt Offenbach glauben, die Gründe für eine gescheiterte Ehe strafrechtlich aufarbeiten zu müssen. Ich werde

mich in dieser Angelegenheit beim Oberbürgermeister und dem Innenministerium beschwerten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Ulrich Keßler 